Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 22 | **Sonnabend, den 26. Januar 1929** | **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Die Besetzung der Beschälstellen erfolgt in diesem Jahr wie folgt:

am 21. Januar Großenhain mit — Kltbl.- u. 2 Warmbluthengsten
„ 25. „ Bautzen „ 1 „ „ 2 „
„ 26. „ Großharthau „ — „ „ 3 „

Die Amtshauptmannschaft

Der Grundstücksbesitzer **Max Schramm in Lichtenberg** beabsichtigt, von dem Flurstück Nr. 445 für Lichtenberg Wasser zur Versorgung der Grundstücke Flurstück Nr. 445a—f mit Trink- und Wirtschaftswasser durch eine Wasserleitung abzuleiten. Hierzu ist nach § 40, Ziffer Ia in Verbindung mit § 157, Ziffer 13 des Wassergesetzes die Genehmigung der Amtshauptmannschaft als Wasseramt erforderlich. Nach § 33, Abs. 1 des Wassergesetzes wird dies hierdurch mit der Aufforderung bekannt gegeben, etwaige Einwendungen binnen zwei Wochen, vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen, widrigenfalls das Recht zum Widerspruche gegen die von der Amtshauptmannschaft vorzunehmende Regelung verloren geht. Die auf besonderen privatrechtlichen Titeln ruhenden Einwendungen werden durch den Fristablauf nicht ausgeschlossen.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 17. Januar 1929

Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Kamenz

in den Monaten April 1928 bis Dezember 1928
(1.—3. Vierteljahr des Rechnungsjahres 1928)
(Beträge in Tausend Reichsmark)

	Jahressoll	Ist-Einnahme oder Ist-Ausgabe seit Beginn des Rechnungsjahres
A. Ordentlicher Haushalt		
I. Einnahmen		
1. Steuern	428	313,7
2. Ueberschüsse der Vermögensverwaltung, aus Betrieben und Unternehmungen (nach Abzug der Zuschüsse)	70	137,4
3. Sonstige Einnahmen		
Allgemeine Bezirksverwaltung	306,5	145,7
Schulwesen	—	—
Wegebau und -unterhaltung	90	98,5
Wohlfahrtspflege und Gesundheitswesen (ausschl. Arbeitslosenfürsorge und Wohnungswesen	162	166,5
Arbeitslosenfürsorge (Krisenfürsorge)	18 3	21,7
Wohnungswesen	0 8	0,4
Besondere gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	—	—
Sonstige Bezirksverwaltung	6	3
Einnahmen insgesamt	1081,6	886 9
II. Ausgaben		
1. Allgemeine Bezirksverwaltung	113,9	74,6
2. Schulwesen	30	20
3. Wegebau und -unterhaltung	250	188,3
4. Wohlfahrtspflege und Gesundheitswesen (ausschl. Arbeitslosenfürsorge und Wohnungswesen)	519	395
5. Arbeitslosenfürsorge (Krisenfürsorge)	45,5	32,2
6. Wohnungswesen	4,2	2,8
7. Besondere gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen	3	0,3
8. Sonstige Bezirksverwaltung (soweit nicht unter 1—7 aufgeführt)	116	95,8
Ausgaben insgesamt	1081,6	809,0
Mithin: Mehrausgabe	—	—
bezw. Mehreinnahme	—	77,9
B. Außerordentlicher Haushalt		
I. Einnahmen		
1. Schuldenaufnahme	857,3	811,3
2. Fondsentnahme	—	—
3. Sonstige Einnahmen	118	133,9
Einnahmen insgesamt	975,3	945,2
II. Ausgaben		
1. Wegebau und unterhaltung	45	45
2. Arbeitslosenfürsorge	—	—
3. Wohnungswesen	866,3	836,4
4. Sonstige Aufgaben der Bezirksverwaltung	—	—
5. Außergewöhnliche Zuschüsse und Neuinvestierungen für Unternehmungen und Betriebe und Vermögensverwaltung	64	76,7
Ausgaben insgesamt	975,3	958,1
Mithin: Mehrausgabe	—	12,9
bezw. Mehreinnahme	—	—

Abschluß

A. Ordentlicher Haushalt

Einnahmen	aus den Monaten April bis Dezember	886,9
Ausgaben		809
Ergibt Bestand am Schlusse des Berichtsmonats		77,9

B. Außerordentlicher Haushalt

Einnahmen	aus den Monaten April bis Dezember	945 2
Ausgaben		958,1
Ergibt Fehlbetrag am Schlusse des Berichtsmonats		12,9

Das Wichtigste

In der Zeit vom 13. bis 19. Januar 1929 sind in Leipziger Fremdenhöfen 6 439 Reichsdeutsche und 787 Ausländer, zusammen 7 226 Personen abgestiegen.

Die am Donnerstag gemeldete Eisversetzung auf der Oberelbe zwischen Fliegenberg und Hoopte ist von den Eisbrechern behoben worden. Die Eismassen sind wieder in Bewegung gekommen und die Eisbrecherflotille hat am Donnerstag abend Radegast erreicht, im Laufe des Freitag werden sie in Bleckede erwartet.

Kreuzer „Emden" ist vorgestern in Angostolion eingetroffen. Er wird am 8. Februar nach Konstantinopel in See gehen.

Die Fallschirmspringerin Wichart ist in der Nähe von Los Angeles während einer Filmaufnahme aus einer Höhe von 1000 Meter tödlich abgestürzt.

Die Kämpfe im Reichsparlament.

Man möchte fast an stillen Frieden glauben, wenn man das Programm betrachtet, das der Reichstag in der nächsten Zeit erledigen soll. Da wird zunächst der Gesetzentwurf über die Wartegeldempfänger beraten, der die Rechtsverhältnisse dieser halbentlassenen Beamten neu regeln soll, da wird weiter der umfangreiche Komplex des Steuervereinheitlichungsgesetzes zur Debatte stehen. Am Dienstag nächster Woche findet die wichtige Besprechung der vom Sozialpolitischen Ausschuß geforderten Vorlage der Regierung über die Versorgung der Kleinrentner statt; und wenn — wie so oft schon seit dem Wiederzusammentritt des Reichstages nach den letzten Wahlen — die Regierungsparteien nicht einheitlich stimmen werden, wenn die Gesetze mit wechselnden Mehrheiten durchgebracht werden müssen, das wäre kein Grund für die Regierung Müller-Franken, zurückzutreten und zu verzichten.

Durch des Finanzministers Pläne ist das Rechskabinett in eine außerordentlich ernste Lage gebracht worden. Die Bayerische Volkspartei hat bereits kategorisch erklärt: Bis hierher und nicht weiter! Die Länder werden den Forderungen Hilferdings, der die Ueberweisungen der Steueranteile an die Staaten beschneiden möchte, zunächst im Reichsrat ernsthaften Widerstand entgegensetzen. Und für

Die katastrophale Lage der Landwirtschaft

Die preußische Hauptlandwirtschaftskammer fordert ein grundlegendes landwirtschaftliches Rentabilitätsprogramm

Die Preußische Hauptlandwirtschaftskammer trat in Berlin zu ihrer 11. Hauptversammlung zusammen. In der Eröffnungsrede ging Präsident Dr. Dr. Brandes davon aus, daß die Landwirtschaft trotz Erhöhung der Leistungen und Verbesserung der Qualität der erzeugten Produkte immer tiefer und in verstärktem Tempo dem drohenden Zusammenbruch entgegengehe. Keine Provinz, keine Betriebsart und Betriebsgröße sei von der Krise verschont geblieben.

Der Lebensstandard, insbesondere der bäuerlichen Bevölkerung, sei auf ein geradezu erschütterndes Niveau gesunken,

und der Stundenlohn des Bauern liege weit unter dem des Land- und Industriearbeiters. Trotz dieses Raubbaues an Kraft und Nerven der landwirtschaftlichen Bevölkerung, trotz aller Einschränkungen sei die Verschuldung weiter auf 13½ Milliarden Mark gestiegen. Die Gründe der Unrentabilität seien in zu hohen Lasten und zu niedrigen Produktenpreisen im Vergleich zu anderen Waren zu suchen.

Die Steuern seien um das Vierfache, die sozialen Lasten um das Dreifache, die Zinsenlast von 600 Millionen in der Vorkriegszeit auf über eine Milliarde heute gestiegen. Unerträgliche Schul- und Wegelasten kämen hinzu. Die Produktenpreise seien der Geldentwertung nicht gefolgt. Zwischen dem Index für Agrarstoffe und dem für industrielle Fertigwaren klaffe eine Spanne von 20 bis 25 Prozent.

Zur Abwendung des drohenden Unheils forderte der Präsident die

Aufstellung eines grundlegenden Rentabilitätsprogramms.

Zu den notwendigen Maßnahmen gehöre die Fortführung der Umschuldung und der Preisstützungen nach dem Notprogramm, Senkung der Lasten, Seuchenschutz, Verhinderung ungünstiger Handelsverträge, Maßnahmen für zusammenbrechende Betriebe und dergleichen.

Das Rentabilitätsprogramm selbst müsse von dem Gedanken geleitet sein, die planlose, weit über den Bedarf hinausgehende Einfuhr von Vieh, Fleisch und Getreide in einer dem inländischen Bedarf angepaßten Weise und auf einer Preisbasis zu regeln, die für den Landwirt lohnende und für den Konsumenten tragbare Preise gewährleiste.

Neben der großen Frage der Wiederherstellung der Rentabilität dürfe die systematische Förderungsarbeit nicht vergessen werden. Da sei das Bemühen des Landwirtschaftsministers, das landwirtschaftliche Bildungswesen in Preußen energisch zu heben, zu begrüßen.

Der Reichsernährungsminister zum Notprogramm.

Reichsernährungsminister Dietrich gab im Reichstagsausschuß für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms einen Ueberblick über den Stand der Arbeiten, dem man folgendes entnimmt:

Bei der Verwendung des 30-Millionen-Fonds zur Behebung der besonderen Notstände der Landwirtschaft handelte es sich hauptsächlich um folgende Gebiete: 1. Milch und Molkereiprodukte; 2. Obst- und Gemüsebau; 3. Geflügelzucht und Eierverwertung; 4. Förderung des Kartoffelabsatzes; 5. Förderung des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch. Bei der Regulierung des Absatzes handelte es sich vor allem um die

Zusammenfassung der bestehenden Organisationen in fünf großen Wirtschaftsgebieten,

in denen der Versuch der Zentralisierung gemacht wurde. Diese Gebiete sind: a) Nordostdeutschland mit Mecklenburg, Ostpreußen, Brandenburg und Schlesien. Das Hauptver-

SLUB
Wir führen Wissen.